

GÖTTINGEN


Sport meets Music

 Karatekämpfer
als Jedi-Ritter
in der Stadthalle

Seite 13

Fahnder untersuchen den Tatort Baustelle

 Zollkontrollen
von Göttingen bis Gifhorn

Göttingen/Braunschweig. Bei der Prüfung von 171 Bauunternehmen mit 398 Bauarbeitern ist der Zoll auf 118 Verdachtsfälle gestoßen. Von Göttingen bis Gifhorn waren 73 Einsatzkräfte des Hauptzollamts Braunschweig unterwegs. Die Mehrheit der Fälle betraf die Felder Scheinselbstständigkeit und Mindestlohn.

Überall in der Region des Hauptzollamts Braunschweig wird zurzeit gebaut. Ob im nördlichen Ringgebiet in Braunschweig, entlang der Leine in Göttingen oder rund um den Campus in Hildesheim. Anlass genug für einen eintägigen Großeinsatz der Zollner. Diesem Kontrolltag werden aufgrund der Vielzahl der eingeleiteten Ermittlungsverfahren noch zahlreiche Bürotage folgen, erklärte Pressesprecher Andreas Löhde vom Hauptzollamt Braunschweig am Montag.

Mit 61 Verdachtsfällen macht die Scheinselbstständigkeit den größten Teil der Ermittlungsarbeit der Zoll-Fahnder aus. „Vereinfacht gesagt, liegt Scheinselbstständigkeit immer dann vor, wenn auf dem Papier aus dem Chef ein Kunde wird, aber in der Realität der Chef der Chef bleibt“, erläuterte Löhde. Hinweise dafür, dass es sich nicht um echte Selbstständige handele, lägen immer dann vor, wenn eine Person hinsichtlich der Arbeitsabläufe weisungsgebunden sei – ihr also zum Beispiel feste Arbeits- und Urlaubszeiten vorgegeben würden.

„Da versuchen Arbeitgeber auf illegale Weise das für sich jeweils Beste aus den zwei Arbeitswelten der Selbstständigen und Angestellten herauszuholen“, so Löhde weiter. Denn im Gegensatz zu klassischen Arbeitnehmern muss bei selbstständigen Subunternehmern grundsätzlich nur für das fertige Werk gezahlt werden. Weiterer Vorteil für den Auftraggeber: Mindestlöhne gelten für Selbstständige nicht und für Sozialversicherungsbeiträge ist der Selbstständige selbst zuständig.

In weiteren 34 Fällen geht der Zoll dem Verdacht auf Mindestlohnverstöße nach. Immerhin liegt der Mindestlohn im Baugewerbe bei mindestens 11,75 Euro pro Stunde und damit mehr als 30 Prozent über dem allgemeinen Mindestlohn von 8,84 Euro. Die Übrigen 23 Fälle verteilen sich auf mögliche andere Verstöße wie etwa die illegale Beschäftigung von Ausländern oder Leistungsmissbrauch, heißt es in der Mitteilung des Braunschweiger Hauptzollamts. *ms*

STADTGESPRÄCH



Tour d'Énergie: So viele Finisher wie 2018 hat es bei der Tour d'Énergie noch nie gegeben. 2987 der 3031 gestarteten Radfahrer erreichten bei exzellenten Wetterbedingungen den Zielstrich des Jedermann-Radrennens auf der Bürgerstraße. Und auch einige Rekorde konnten bei der Tour eingefahren werden.

Chlorgas-Übung im Freibad am Brauweg

Göttingen. Chlorgasalarm im Freibad Brauweg: Die Göttinger Berufsfeuerwehr probt am Dienstag, 24. April, zwischen 10.30 und 13 Uhr den Ernstfall. Laut Sport und Freizeit GmbH üben Rettungskräfte und Mitarbeiter des Freibades, um sich mit der Gefahrensituation vertraut zu machen.

Die Chlorgasanlage reichert das Badewasser mit einer keimtötenden Substanz an und befreit es von Bakterien. Doch was passiert, wenn Gas austritt? Während der Übung kann es zu Einschränkungen auf dem Fuß- und Radweg zwischen Sand- und Brauweg am Freibad kommen. Zudem werden die Brücken am Wehr Richtung Sandweg und an der Walkemühle Richtung Badeparadies Eisweide gesperrt. Den Kreis direkt am Freibad können Fußgänger und Fahrradfahrer weiterhin passieren, müssen sich allerdings auf Verzögerungen einstellen. Autofahrer am Sand- und Brauweg sind laut Feuerwehr von der Übung nicht betroffen. *ms*

Polizei: „Wir sperren im Grunde die ganze Stadt“

Zur Demonstration der Partei „Die Rechte“ werden mehr als 2000 Beamte im Einsatz sein

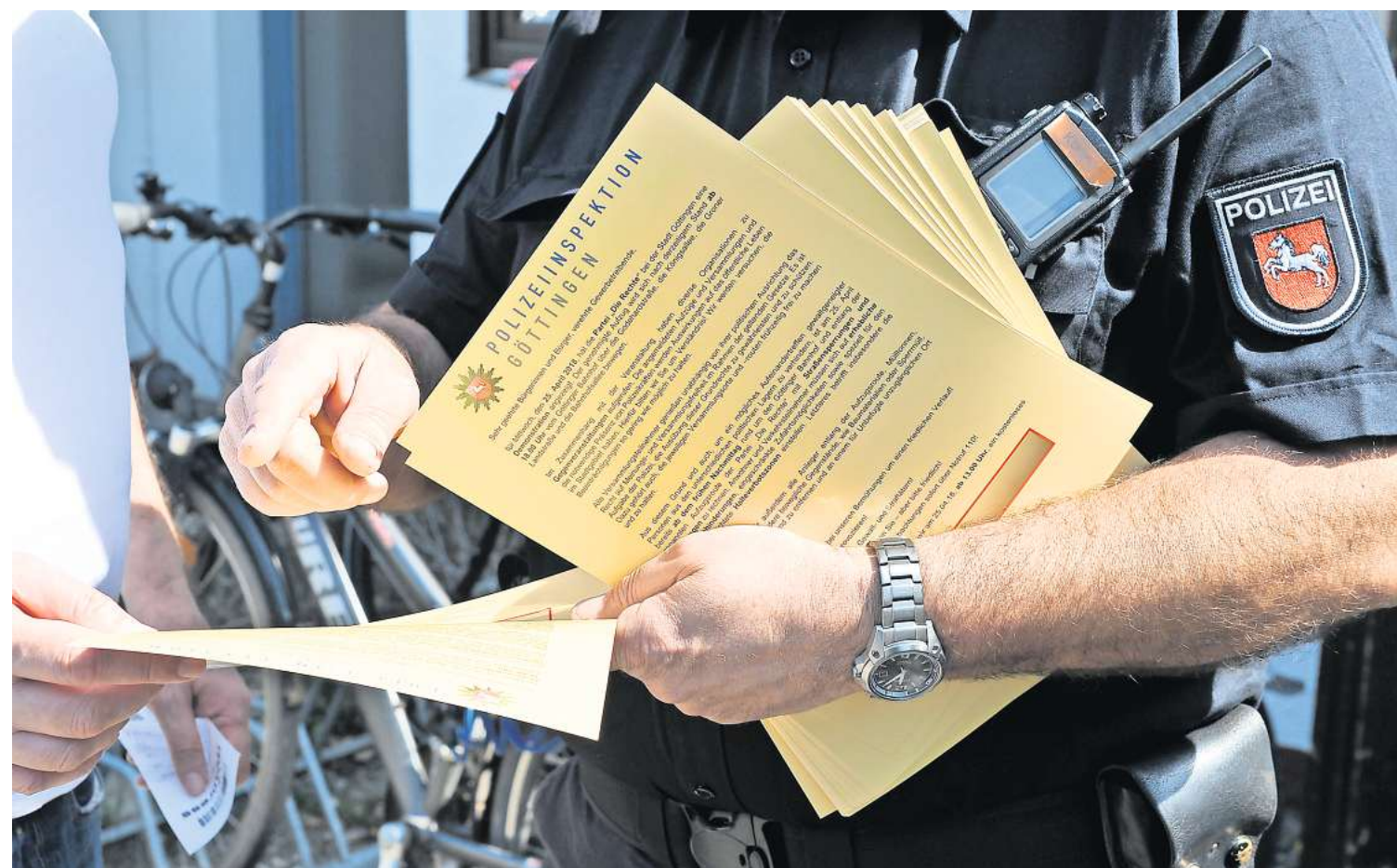
Von Markus Scharf

Göttingen. Gesperrte Straßen, erhöhte Polizeipräsenz und eingeschränkter Busverkehr. Im Umfeld des für Mittwoch, 25. April, angekündigten Demonstration der rechtsextremen Partei „Die Rechte“ durch Göttingen ist mit massiven Behinderungen zu rechnen. Polizei und Stadt skizzieren im Vorfeld den geplanten Ablauf.

Noch vor einem Jahr hatte die Göttinger Stadtverwaltung Jens Wilke untersagt, mit seinem rechten „Freundeskreises Thüringen/Niedersachsen“ (FKTN) durch die Stadt zu marschieren. Da diese Entscheidung Mitte Januar 2018 vom Göttinger Verwaltungsgericht als rechtswidrig kassiert wurde, werden am Mittwoch ab 18 Uhr Mitglieder der rechten Szene durch Göttingen marschieren. Die Route verläuft vom Bahnhof über die Berliner Straße und Godehardstraße über die Königsallee und Groner Landstraße zurück zum Bahnhof. Versammlungsleiter Wilke hat 50 Personen angekündigt. Die Zahl der Gegendemonstranten dürfte bei weit mehr als dem Zehnfachen liegen.

Von den fünf angemeldeten Gegenveranstaltungen sei eine nicht genehmigt worden, da sie die Route der Rechten gekreuzt hätte, so Nicola Simon, Leiterin des Vorbereitungsstabs. Auf eine Alternativstrecke habe man sich nicht einigen können. Bei der Anmeldung der Routen gelte das Erstanmelder-Privileg. Die Aufgabe der Polizei, das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit zu schützen und die Gruppen voneinander zu trennen, dürfe durch das Verbot nicht leichter geworden sein. Denn damit ist der Aufenthaltsort eines Großteils der Demonstranten aus dem linken Spektrum im Vorfeld nur schwer vorherzusehen.

Klar geregelt sind die Fronten am Bahnhof. Hier hat der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) seine stationäre Kundgebung angemeldet – durch 170 Gitter und großen Abstand getrennt von der Fläche, die „der Rechten“ zugewiesen wurde.



Hans-Joachim Meyer, Kontaktbereichsbeamte der Polizei Göttingen, informiert die Anwohner per Handzettel

FOTO: PFÖRTNER

„Gegen erkannte Straftäter werden wir konsequent einschreiten.“

Thomas Rath,
Leiter der Göttinger
Polizeiinspektion

Eine weitere Kundgebung soll am Platz der Synagoge stattfinden, eine Gruppe von 150 Demonstranten vom Gänseliesel über die Weender Straße in Richtung Bahnhof ziehen. Eine von den Bewohnern des Wohnheims am Schützenplatz angemeldete Kundgebung wurde zurückgezogen.

„13 Jahre nach dem letzten Aufzug der NPD in Göttingen haben alle von uns, die damals im Einsatz waren, die Ausmaße der sinnlosen Gewalt noch immer vor Augen“, so Einsatzleiter Thomas Rath. Es sei verständlich, dass die erschreckenden Bilder auch in der Bevölkerung in diesen Tagen wieder präsent seien. Auch wenn sich alle Einsatzkräfte einen friedlichen Einsatzverlauf wünschten, laute seine deutliche

Botschaft an alle gewaltbereiten Störer: „Gegen erkannte Straftäter werden wir am kommenden Mittwoch unter Ausschöpfung aller rechtlich zulässigen Möglichkeiten konsequent einschreiten.“ Alle Versammlungsteilnehmer genießen unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Nicht allen sei bekannt, dass die Blockade oder Verhinderung einer bestätigten Versammlung eine Straftat im Sinne des Versammlungsgesetzes darstelle, so Rath.

Welche Auswirkungen für den Straßenverkehr zu erwarten sind, schilderte Torsten Moschkau. „Wir sperren im Grunde die ganze Stadt.“ Etwa ab 15 Uhr wird der Verkehr aus dem Osten ab dem Ween-

der Tor über den Maschmühlenweg in Richtung Norden abgeleitet. Die B 3 in Richtung Innenstadt wird ab der Ihringstraße gesperrt sein. Wer aus Süden in Richtung Groner Tor fährt, wird über die Wiesenstraße umgeleitet. Die Dauer der Sperrungen ist nicht absehbar. Angemeldet sind die Demonstrationen bis 21 Uhr.

Ein wichtiger Bestandteil des Polizeikonzepts ist Kommunikation: Bereits im Vorfeld verteilten Kontaktbereichsbeamte Flugblätter an Anlieger. Am Mittwoch ist ab 13 Uhr das Bürgertelefon 0551/4914000 geschaltet. Aktuelle Informationen zum Einsatzgeschehen werden via Facebook (facebook.com/polizeidirektion.goettingen) und Twitter (@Polizei_GOE) verteilt.

Fußgängerzone zeitweise für Radfahrer öffnen?

Umweltausschuss beschäftigt sich am Dienstag unter anderem mit Radverkehrsentwicklungsplan

 Von Hannah Scheiwe
und Matthias Heinzl

Göttingen. Im Radverkehrsentwicklungsplan (RVEP) der Stadt Göttingen geht es darum, wie der Stadtverkehr für Radfahrer verbessert und so etwas für den Klimaschutz getan werden kann. Am Dienstag ist der Plan Thema in der Sitzung des Umweltausschusses. Die Ratsfraktionen von FDP und CDU fordern, dass die Fußgängerzone zeitweise für Radfahrer geöffnet wird. Ein Änderungsantrag von SPD und Grünen geht auf die Reihenfolge, in der die im RVEP festgehaltenen Maßnahmen an Radwegen vorgenommen werden, ein.

Der RVEP der Stadt Göttingen datiert vom August 2017 und erfährt derzeit einige Modifizierungen. Die größten Hindernisse für einen problemlosen Radverkehr im Stadtgebiet: die Verkehrsverhältnisse entlang der Bürgerstraße, die schwierige östliche Umfahrung der Innenstadt und der Radverkehr entlang der Groner Landstraße/Posthof/Kasseler Landstraße. In der Frage der Freigabe der Fußgängerzone für Radfahrer verweist der RVEP auf die Städte Trier, Kleve und Köln, die ihre Fußgängerzonen oder Teile davon außerhalb der Öffnungszeiten der Geschäfte für Radler geöffnet haben.



In Teilen der Fußgängerzone wie der Judenstraße sind schon jetzt Radfahrer erlaubt. FOTO: HINZMANN

In zwei Anträgen fordern auch die Fraktionen von FDP und CDU, die Fußgängerzone zeitweise für den Radverkehr zu öffnen. In der Zeit von 19 bis 9 Uhr möchte die FDP Radfahrern freie Fahrt gewähren, die CDU spricht sich für den Zeitraum von 22 bis 8 Uhr aus. „Die temporäre Freigabe der Fußgängerzone behebt den Mangel an Verbindungen von Radwegen in der Innenstadt“, heißt es im FDP-Antrag. Die Maßnahme gefährde nicht den „Charakter als Fußgängerzone“, weil sie „nur außerhalb der Geschäftszeiten“ gelte. Die CDU schlägt vor, die Freigabe für ein Jahr zu begrenzen und dann auszuwerten. Die Verwaltung

lehnt die Anträge in ihrem Beschlussvorschlag ab.

Bei anderen Fraktionen und Initiativen lösen die Anträge unterschiedliche Reaktionen aus. Während Felicitas Oldenburg, Fraktionsvorsitzende der FDP, die zeitweise Öffnung der Fußgängerzone als „längst überfällig“ bezeichnet, findet Udo Trost von der Göttinger Linken: „Fahrradverkehr in der Fußgängerzone, das passt nicht.“ Auch die SPD-Fraktion ist gegen die Öffnung: „Wir verstehen die Intension der Anträge, sind uns aber sicher, dass die Öffnung der Fußgängerzone für Fahrräder nicht der richtige Weg für Göttingen ist.“ Durch die bauliche Enge und das Fußgängeraufkommen ergebe sich ein erhöhtes Konfliktpotenzial zwischen Fuß- und Radverkehr. Auch Frederike Breyer, Geschäftsführerin von Pro City, spricht sich gegen eine zeitweise Freigabe der Fußgängerzone für Radfahrer aus: „Die Innenstadt schließt ja nicht um 19 oder 22 Uhr“, sagt sie. Die Fußgängerzone sei auch am späten Abend oft noch belebt. „Die Fußgänger sollen sich dort sicher bewegen können“, findet sie.

Ulrich Holefleisch von der Fraktion der Grünen sieht das differenzierter: „Wir werden einen Änderungsantrag einbringen“,

sagt er. Sie wollten nur die Ost-West-Verbindung von der Theaterstraße über den Nabel zur Prinzenstraße von 22 bis 11 Uhr für Radfahrer freigeben. „Da gibt es keine einfache, attraktive Verbindung“, argumentiert er.

Die Ratsgruppe aus Piraten und „Partei“ befürwortet die zeitweise Öffnung: Bereits jetzt werde in den Abend- und Nachtstunden in der Fußgängerzone Fahrrad gefahren. Göttingen sei mit dem Verbot rückständig: „In vielen deutschen Städten werden die Fußgängerzonen schon seit Jahren nachts für den Radverkehr freigegeben, mit guten Erfahrungen“, sagt Francisco Welter-Schultes.

Auch zum Änderungsantrag von SPD und Grünen zum RVEP sind die Meinungen unterschiedlich: „Die Prioritäten der Verwaltung sind gut überlegt und folgen Sicherheitsaspekten“, meint Oldenburg (FDP) und spricht sich gegen den Änderungsantrag aus, der die Maßnahmen an Radwegen in eine andere Reihenfolge bringen soll.

Katharina Schüle-Rennschuh aus der CDU-Fraktion ist sowohl mit dem Maßnahmenplan der Verwaltung als auch mit dem Änderungsantrag einverstanden, kritisiert am Änderungsantrag aber zwei Punkte: Die Sanierung

des Randweges an der Kasseler Landstraße sei hier vom Groner Tor bis Gotteslager aufgeführt. „Der Radweg muss aber bis oberhalb der Shell Tankstelle ausgebaut werden“, sagt sie. Zweiter Punkt sei die Alte Bahntrasse von der B3 in Ellershausen, welche im Antrag im Block erster Priorität steht. „Der Weg ist jetzt schon bis zur B3 asphaltiert“, sagt Schüle-Rennschuh. Der CDU-Fraktion sei es zwar wichtig, dass für einen Anschluss bis zur Mittelbergschule gesorgt werde, das sei aber nicht so dringend wie andere Maßnahmen.

Die städtischen Planer wiederum schlagen für eine schnelle und sichere östliche Umfahrung der Innenstadt die Verknüpfung einiger gut funktionierender Teilstrecken vor, für die eine Reihe von Problemstellen entschärft und andere Teilstrecken umgebaut werden müssen. Dann würde die Umfahrung nicht mehr über den Friedländer Weg führen, sondern über den Schildweg (wird zur Fahrradstraße), den Cheltenham-Park (erhält einen eigenen Radweg), den Albaniplatz (wird zur Fahrradstraße), die Bühlstraße (wird teils zur Fahrradstraße, teils zur Tempo-30-Zone) bis zum Anschluss an den Zweirichtungs-Radweg der Humboldtallee.